

Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 40 Pf., Verbandsanzeigen 25 Pf. die achtgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246

Nr. 10 Berlin, den 11. März 1933 41. Jahrgang

An die Verbandsmitglieder

In Deutschland toben politische Kämpfe von unerhörter Heftigkeit. Das Barometer steht auf Sturm. Der Kampf hat Formen angenommen, die eines Kulturvolkes unwürdig sind. Die öffentliche Ordnung ist gestört, die staatsbürgerlichen Freiheiten und die Rechtssicherheiten sind in weitem Umfang verlorengegangen. Sie wieder herzustellen ist die unabwiesbare Aufgabe aller Volksgenossen, die Deutschland nicht in Unkultur und im sozialen Elend zugrunde gehen lassen wollen.

Wir dürfen aber nicht vergessen, daß hinter den politischen Kämpfen die sozialen Fragen stehen, die sich unter dem Zeichen der schwersten aller Wirtschaftskrisen noch immer mehr zuspitzen und verschärfen. Das Unternehmertum — weit davon entfernt, den Forderungen nach einem Umbau der Wirtschaft entgegenzukommen — lebt immer noch in dem Wahn, durch weitere Verelendung der Arbeiterschaft sich selbst retten zu können. Die schlimmste soziale Reaktion hat sich eine politische Maske vorgebunden. Man will die Arbeiter niederknüppeln, um ihren Widerstand gegen hemmungslose Ausbeutung zu brechen.

In diesem Toben sind die Gewerkschaften der Fels, auf dem die Hoffnungen der Arbeiterklasse gegründet sind. Die Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und zu stärken, den inneren Zusammenhalt zu pflegen, die Lauen und Außenstehenden heranzuholen, das ist nunmehr wichtiger, als es jemals war. Wir richten an alle Mitglieder, an alle Berufsangehörigen den dringenden Appell, sich dieser Aufgabe bewußt zu sein.

Es geht um die Verteidigung des Lebensstandards, um die Wiederherstellung menschenwürdiger Existenzbedingungen. Nur durch die gewerkschaftliche Organisation kann die Arbeiterschaft mit Aussicht auf Erfolg diesen Kampf führen. Hinter diesem überragenden Gemeinschaftsinteresse müssen alle politischen und sonstigen Meinungsverschiedenheiten zurücktreten. Nach seinem Statut und nach seinen Grundsätzen will der Deutsche Holzarbeiter-Verband alle Kolleginnen und Kollegen unserer Berufe ohne Unterschied der politischen und religiösen Gesinnung zusammenfassen, die guten Willens sind, den gemeinsamen Kampf um die Sicherung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse mit führen zu helfen.

Die Zeit erfordert, alle Kräfte auf diesen Punkt zu konzentrieren. Fort mit allen parteipolitischen Auseinandersetzungen aus unserem Verbandsleben! Die Reaktion liegt auf der Lauer. Sie möchte die Zeit der politischen Verwirrung, von der sie selbst weiß, daß sie nur vorübergehend sein kann, dazu ausnutzen, auch die sozialen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft zu zertrümmern. Sie wird versuchen, „Vorwände“ zu schaffen, um auch die Gewerkschaften lahmlegen zu können. Hütet euch deswegen vor Provokateuren, gleichviel in welcher politischen Maske sie auftreten. Macht den Gegnern das Spiel nicht leicht.

Holzarbeiterinnen und Holzarbeiter! Haltet eurem Verband die Treue. Arbeitet und werbt für ihn, denn es ist für euch. Es darf keine Unorganisierten mehr geben. Öffnet denen die Augen, die noch nicht die sozialen Hintergründe des politischen Kampfes sehen können. Macht ihnen begreiflich, daß den Arbeitern in ihrem grenzenlosen Elend nur geholfen werden kann, wenn sie sich selbst helfen durch den restlosen Zusammenschluß in den gewerkschaftlichen Organisationen.

Es lebe die gewerkschaftliche Solidarität der Arbeiterklasse!
Es lebe der Deutsche Holzarbeiter-Verband! Der Verbandsvorstand.

Brandstiftung im Reichstag

Ein nicht hart genug zu verurteilendes Verbrechen gegen das deutsche Volk ist begangen worden. Am Abend des 27. Februar wurde von ruchloser Hand Feuer im Reichstag gelegt. Nicht nur der Plenarsitzungssaal ist völlig ausgebrannt, auch sonst hat das dem deutschen Volke gehörige Haus schweren Schaden gelitten. Weit schwerer als der materielle Wiederverderben der ideelle Schaden, den diese Brandstiftung dem deutschen Volke zugefügt hat.

Von der anrückenden Feuerwehr ist ein Brandstifter gestellt worden. Nach den bisher veröffentlichten Berichten über die polizeilichen Vernehmungen des Verbrechens soll es sich um einen 24jährigen Holländer namens van der Lubbe handeln, der angibt, Kommunist zu sein. Darauf wurden zahlreiche Führer der kommunistischen Partei in Schutzhaft genommen und die kommunistischen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate wurden auf vier Wochen für ganz Preußen verboten. In der halbamtlichen Nachricht, die das W. T. B. verbreitet, heißt es dann wörtlich: „Auf 14 Tage verboten sind jegliche Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate der Sozialdemokratischen Partei, da der Brandstifter aus dem Reichstag in seinem

Geständnis die Verbindung mit der SPD. zugegeben hat. Durch dieses Geständnis ist die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offenbare Tatsache geworden.“

Gegen diese ungeheuerliche Behauptung hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in einem Schreiben an den Reichskommissar für Preußen, von Papen, sofort protestiert und darauf hingewiesen, daß die ganze Vergangenheit der SPD, keinen Anhalt dafür biete, daß sie mit Leuten, die den Reichstag in Brand gesteckt haben, irgend etwas zu tun habe, ihre ganze Geschichte beweist, daß sie terroristische Akte jeder Art ablehne. Dessenungeachtet sind aber die angekündigten Maßnahmen am 28. Februar durchgeführt worden.

Ausnahmezustand

Als Folge der Brandstiftung im Reichstagsgebäude hat der Reichspräsident am 28. Februar eine Verordnung zum Schutze von Volk und Staat unterzeichnet, die noch am gleichen Abend durch den Rundfunk verkündet wurde und sofort in Kraft getreten ist. Durch die Verordnung werden die in Artikel 48, Abs. 2 genannten Grundrechte außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung, der Pressefreiheit, des

Versammlungsrechts, Eingriffe in das Post- und Telegraphengeheimnis, die Anordnung von Haussuchungen, die Beschlagnahmen auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

Die Verordnung sieht außerordentlich harte Strafen vor. So wird, wer durch Zuwiderhandlung gegen behördliche Anordnung auf Grund dieser Verordnung eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, mit Zuchthaus, unter Umständen mit lebenslänglichem Zuchthaus, und wenn der Tod eines Menschen herbeigeführt wurde, mit dem Tode bestraft. Die Todesstrafe ist auch für verschiedene weitere Straftaten angedroht.

Aus den Beratungen des Kabinetts über die Verordnung wird halbamtlich mitgeteilt, daß die Beschlüsse unter dem Eindruck des Berichts gefaßt wurden, den der Minister Göring über die Untersuchung der kommunistischen Terror- und Unruhpäne erstattet hat. Die Regierung glaubt aus dem im Karl-Liebkecht-Haus be-

schlagnahmten Material den eindeutigen Beweis dafür erlangt zu haben, daß ganz systematisch Terroraktionen von kommunistischer Seite vorbereitet worden sind. Am Schlusse dieser Kundgebung kündigt die Reichsregierung an, daß sie mit aller Brutalität gegen die kommunistische Gefahr vorgehen und den Kampf gegen den Kommunismus mit aller Rigorosität weiterführen werde.

Eine weitere Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar richtet sich „gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe“. Sie enthält Verschärfungen der Vorschriften gegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse. Hier wird für verschiedene Straftaten die Todesstrafe angedroht. Auch die Strafen für Hochverrat sind verschärft. Insbesondere ist in den Fällen, wo der Hochverrat in der sogenannten Zersetzung von Reichswehr oder Polizei erblickt wird, nicht auf Festungshaft, sondern auf Zuchthaus zu erkennen.

Der Bundesausschuß zur politischen Lage

Die Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war schon früher auf den 28. Februar anberaumt. Bei ihrem Zusammentritt fand sie sich einer neuen Lage gegenüber, die sich aus den Folgen des in der vorausgegangenen Nacht erfolgten Brandes des Reichstagsgebäudes ergab. Der Bundesausschuß erörterte die politische Entwicklung der letzten Wochen.

Die Aussprache ergab volle Übereinstimmung über die vom Bundesvorstand in der letzten Zeit befolgte Politik. Die jüngsten Ereignisse, der Brand im Reichstag und seine politischen Folgen, wurden in ihrer weittragenden Bedeutung gewürdigt. Die Vertreter der Gewerkschaften sprachen ihren Abscheu und ihre Entrüstung über die Brandstifter aus. Die Gewerkschaften nehmen die deutsche organisierte Arbeiterschaft entschieden in Schutz gegen den Verdacht, daß einer aus ihren Reihen zu den Anstiftern des Attentats

gehöre. Sie erblicken in der Brandstiftung nicht nur einen Anschlag gegen den Sitz des Parlaments, sondern einen Angriff gegen den Parlamentarismus überhaupt.

Die deutschen Gewerkschaften und ihre Mitglieder gehören zu den treuesten Hütern der Demokratie und der parlamentarischen Ordnung. Sie verwerfen Terrorakte jeglicher Art auf das entschiedenste, und sie sind auch in dieser Auffassung der Gefolgschaft der Arbeiter und Arbeiterinnen gewiß.

Die Verbandsvertreter sind sich bewußt, daß die gegenwärtige politische Situation an die Schulung und erprobte Disziplin der Arbeiterschaft unerhörte Anforderungen stellt. Die deutschen Arbeiter werden aber ebenso, wie es die Pflicht der Verbandsleitungen ist, auch unter den heutigen schweren Verhältnissen kühles Blut bewahren und sich nicht von ihrem rechtmäßigen Kampf gegen alle Gefahren für die verfassungsmäßigen Freiheiten abdrängen lassen.

Die Wahl am 5. März

Einen Wahlkampf wie diesen hat man in Deutschland noch nicht erlebt. Es war eine Wahl unter der Herrschaft des Ausnahmezustandes. Die Opposition war geknebelt. Ihre Presse ist fast restlos unterdrückt, sie durfte in großen Teilen des Reichs keine Versammlungen abhalten, kein Flugblatt verbreiten, jede Propaganda wurde verhindert. Dagegen entfalteten die Regierungsparteien eine ungeheure Werbetätigkeit, weit über das sonst übliche Maß hinaus. Der Rundfunk stand völlig im Dienste der Propaganda für die Regierungsparteien. Daneben haben sich die Aufmärsche der uniformierten S.-A.-Leute, ihre Einreihung als Hilfspolizei und so manche andere Dinge als wirksame Suggestivmittel erwiesen. Den Nationalsozialisten ist es auf diese Weise gelungen, das Heer der Nichtwähler zu mobilisieren. Der gesamte Zuwachs der Wählerstimmen ist dadurch ihnen zugute gekommen. Die erhoffte absolute Mehrheit haben die Nationalsozialisten allerdings nicht erreicht, aber immerhin haben sie 44 Prozent der abgegebenen Stimmen, Mit-

den Stimmen der Deutschnationalen, die nur eine ganz geringfügige Steigerung erfahren haben, verfügen sie über die Mehrheit der Sitze im Reichstag.

Die nachstehenden Zahlen, die am Morgen des 6. März auf Grund verschiedener vorliegender Meldungen zusammengestellt sind, dürften wohl im einzelnen noch Korrekturen erfahren. Es haben erhalten:

	Stimmen	Mandate	6. Nov. 1932
Nationalsozialisten	17 264 723	288	196
Sozialdemokraten	7 176 226	120	121
Kommunisten	4 746 034	81	100
Zentrum	4 289 354	73	70
Deutschnationale	3 131 336	53	52
Bayer. Volkspartei	1 206 293	19	20
Deutsche Volkspartei	431 820		
Christlich-Soziale	382 035	8	20
Deutsch Hannover.			
Staatspartei	335 259	5	2
Sonstige	327 114	—	—
Zusammen	39 289 854	647	584

Die Tarifverträge im Holzgewerbe

Die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen im deutschen Holzgewerbe ist im schnellen Schwinden begriffen. Der zentrale Tarifvertrag war das Ergebnis einer langen Entwicklung, an der die Vertreter beider Parteien verständnisvoll mitgearbeitet haben. Etwas absolut Vollkommenes war er noch nicht, aber seine Anlage und sein Aufbau wurden auch von außenstehenden Sachverständigen als muster-gültig angesehen. Nun ist der Geltungsbereich dieses Tarifwerkes auf ein sehr enges Gebiet zusammengeschumpft.

Die letzte zentrale Regelung war der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe vom 5. Juni 1929. Dieser Vertrag wurde, als er am 15. Februar 1931 ablief, nicht erneuert. Sein Inhalt war aber nicht verloren, er lebte fort in den Tarifverträgen, die für 26 Bezirke abgeschlossen wurden. Die Zahl der Bezirkstarifverträge verminderte sich aber dann rasch; Ende 1932 waren nur noch 13 vorhanden.

Am 15. Februar sind 7 weitere Bezirkstarifverträge abgelaufen, nämlich die Verträge für die Bezirke Brandenburg, Bayern, Württemberg, Sachsen, Lippe, Köln und Rheinland-Westfalen. Bis zum 31. März enden noch die schon gekündigten Mantelverträge in den Bezirken Ostliches Westfalen, Ostpreußen und Sachsen-Anhalt. Inzwischen ist am 1. März mit der Interessengemeinschaft der Arbeitgeber der Holzindustrie eine Vereinbarung zustande gekommen, durch welche diese die ausgesprochene Kündigung zurückzieht. Der Landestarifvertrag für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt ist also unverändert verlängert. Der Tarifvertrag für Halle gilt noch bis zum 31. Mai. Es verbleiben die Mantelverträge im linksrheinischen Gebiet, in Kassel und in Mecklenburg-Schwerin. Die beiden letztgenannten Verträge gelten bis zum 15. Februar 1934, der im Rhein-gebiet bis zum 31. Dezember 1933.

Die Hauptsache für die Nichterneuerung der abgelaufenen Tarifverträge ist in der großen Arbeitslosigkeit zu suchen. An sich wäre zwar die Verminderung der Zahl der Beschäftigten kein Grund, auf die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen zu verzichten, aber hinzu kommt die Tarifeindschaft des Unternehmertums des Holzgewerbes an seinen maßgebendsten Stellen. Als sich im Frühjahr 1931 die Erneuerung des zentralen Mantelvertrags als unmöglich erwies, konnte unser Verband noch durch entsprechende Nachhilfe das schwindende Interesse der Unternehmer am Tarifvertrag beleben und den abgelaufenen zentralen Mantelvertrag durch Bezirkstarifverträge ersetzen. In einer Zeit, wo die Betriebe geleert sind und 70 bis 80 Prozent der Tischler auf der Straße liegen, verbietet sich eine solche Nachhilfe von selbst.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, die zentrale, aber bei weitem nicht umfassende Organisation der Unternehmer des Holzgewerbes, hat vor einiger Zeit eine Kundgebung veröffentlicht, in welcher er sich grundsätzlich für den Tarifvertrag ausspricht. Das war eine sehr platonische Verbeugung, die im Gegensatz zu dem praktischen Wirken des Arbeitgeberverbandes steht. Dieses Wirken erschöpft sich darin, die Unternehmer immer wieder zu neuen Angriffen auf die Lohnhöhe aufzustacheln. Solche Anregungen finden nicht nur bei den eigenen Mitgliedern, sondern auch bei den Unternehmerorganisationen des Holzgewerbes aufmerksame Beachtung, die sich sonst in starkem Gegensatz zum Arbeitgeberverband befinden.

Nachstehend geben wir eine knappe Übersicht über die Lage in einigen Bezirken:

In Bayern war der abgelaufene Tarifvertrag mit dem Schreinermeisterverband abgeschlossen, während dort früher der Arbeitgeberverband Vertragspartner war. Die beiden Unternehmerorganisationen sind Konkurrenten und sie haben es bisher stets abgelehnt, gemeinsam Vertragsverhandlungen zu führen. In dieser Hinsicht hat sich auch neuerdings nichts geändert.

Der Bezirksverband Brandenburg des Arbeitgeberverbandes wird vom Syndikus v. Zastrow geleitet, der gleichzeitig Geschäftsführer der Zentrale des Arbeitgeberverbandes ist. Nach der Kündigung

des Mantelvertrages hat er noch einmal ein Lebenszeichen von sich gegeben. Am 28. Januar teilte er unserem Gauvorsteher mit, „daß zur Zeit Vorbereitungen für einen neuen Entwurf zum Mantelvertrag im Benehmen mit den auf Arbeitgeberseite in Frage kommenden Organisationen im Gange sind. Wir kommen nach Fertigstellung des Entwurfs auf die Frage der Aufnahme von Verhandlungen zur Erneuerung des Vertragsverhältnisses zurück.“ — Es muß doch ein schweres Stück Arbeit sein, die Unternehmerwünsche unter einen Hut zu bringen. Mindestens seit dem 15. November, als der Vertrag gekündigt wurde, wird darüber gebrütet, aber bis heute ist kein Ergebnis zustande gekommen.

Für die Bezirke Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein haben auf Antrag der Unternehmerverbände gemeinschaftliche Verhandlungen stattgefunden, die aber über das Stadium unverbindlicher Vorbesprechungen nicht hinausgekommen sind. Ihre Fortsetzung ist in Aussicht genommen.

Im Freistaat Sachsen konnte nach Ablauf des zentralen Mantelvertrages ein Bezirksvertrag nicht abgeschlossen werden. Hier gelten zahlreiche Betriebsvereinbarungen. Der Arbeitgeberverband will keine tariflichen Bindungen; er versucht die Arbeitsbedingungen durch Diktate zu regeln, die bei dem Widerstand, den unsere Kollegen leisten, zu fortgesetzten Plänkeleien führen. In bezug auf die Lohnhöhe herrscht bereits ein ziemliches Durcheinander.

In Württemberg haben die Unternehmer einen Vertragsentwurf überreicht, dessen Inhalt wenig Aussicht auf Verständigung bietet. Verhandlungen, die am 22. Februar stattfanden, brachten keine Annäherung der Parteien; sie sollen fortgesetzt werden.

Auch in Ostpreußen sind Verhandlungen aufgenommen, zu denen der Ostpreußische Arbeitgeberverband wesentliche Verschlechterungen der seitherigen Vertragsbestimmungen vorgeschlagen hat.

In Rheinland-Westfalen war bisher der wichtigste Vertragspartner der Rheinisch-westfälisch-lippesche Tischlerinnungsverband. Mit diesem und dem Verein der Holzbearbeitungsfabrikanten hat eine Aussprache stattgefunden, welche erkennen ließ, daß die Neigung zum Vertragsabschluß bei den Unternehmern nicht sehr groß ist.

Von den übrigen Bezirken ist nichts Besonderes zu berichten. Es handelt sich zum Teil um Gebiete, die schon länger vertragslos sind, und die Aussicht, zu einer Verständigung zu kommen, ist in ihnen noch geringer als in den hier genannten Bezirken. Ob es dort, wo Verhandlungen aufgenommen sind oder in Aussicht stehen, zu einer Verständigung kommt, läßt sich nicht voraussagen. An der Auffassung unseres Verbandes zur Vertragsfrage hat sich nichts geändert. Wir betrachten den Tarifvertrag als ein Mittel zur Regelung und Sicherung der Arbeitsbedingungen. Wo er diese Bedingungen nicht mehr erfüllt, wird es der Verband vorziehen, auf die Bindungen des Tarifvertrages zu verzichten, um sich die Freiheit in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu sichern.

Ein Opfer der Krise

Wie so manche andere Unternehmungen, ist auch die Möbelfabrik Hagenah u. Lehmann in Leipzig ein Opfer der Krise geworden. Die Firma hat die Zahlungen eingestellt und ihren Gläubigern einen Vergleich vorschlagen lassen, bei welchem diese auf 70 Prozent ihrer Forderungen verzichten; 30 Prozent sollen in Raten gezahlt werden, deren Innehaltung aber auch nicht gewährleistet ist.

Der Fall interessiert uns deshalb, weil der alleinige Inhaber der Firma, Herr Arno Hagenah, der langjährige Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes ist. Der Berliner „Holzmarkt“ übt scharfe Kritik an dem Vergleichsvorschlag und ganz besonders an dem Kreditschutzverband, durch den Herr Hagenah seinen Gläubigern die Zahlungsunfähigkeit mitteilen ließ. Herrn Hagenah macht es der „Holzmarkt“ zum Vorwurf, daß er es fertiggebracht hat, namens des Arbeitgeberverbandes seinen

Namen bis zum letzten Augenblick dieses blamablen Zusammenbruchs zu exponieren, obwohl wir auf dem Standpunkt stehen, daß jemand seine Ehrenstellen niederlegen soll, wenn er sich in solcher Situation befindet, und dies mit Rücksicht auf das Verbandsinteresse beizeiten tun soll.“

Auf den materiellen Inhalt des Vergleichsangebots, das der „Holzmarkt“ sehr eingehend behandelt, soll hier nicht eingegangen werden. Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen: Hagenah hätte sich vor Jahr und Tag zur Offenbarung entschließen sollen, das wäre weit korrekter gewesen. Aber dazu hat er wohl aus ganz falsch verstandenem Ehrgeiz nicht den Mut gehabt. Wir wollen ihm mit dieser Kritik durchaus nichts Unangenehmes sagen; aber wir wollen erreichen, daß andere nicht nach dem gleichen Rezept handeln. Zur Gesundung der Möbelindustrie hat er, als er den Aufruf unterschrieb, wahrhaftig nicht beigetragen, und er hätte klüger getan, sich nicht noch vor wenigen Tagen durch seine Unterschrift zu exponieren.“

Wir beschränken uns auf die Wiedergabe dieser Betrachtungen des Organs der Sägewerksbesitzer und Holzhändler. Der Arbeitgeberverband hat in seinem Organ zu dem Vorgang noch nicht Stellung genommen.

Kein Lohnabbau in der Textilindustrie

Am 27. Februar hat der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie mit den Verbänden der Textilarbeiter eine Vereinbarung getroffen. In der hierüber veröffent-

lichten Kundgebung heißt es, daß sich die Parteien „unter Zurückstellung beiderseitiger Wünsche im Interesse einer ruhigen Fortentwicklung der Wirtschaft entschlossen haben, eine Stabilisierung der derzeitigen Arbeitsbedingungen für einen längeren Zeitraum vorzunehmen“. Es ist zu dem Zweck vereinbart worden, die Lohnverträge mit einer Mindestlaufzeit bis zum 31. Januar 1934, die Mantelverträge am 30. April 1934 zu verlängern. In den zur Zeit tariflosen Bezirken werden die jetzt gültigen Arbeitsbedingungen zum Tarifvertrag erhoben. Diese Vereinbarung regelt die Arbeitsbedingungen von etwa 600 000 Arbeitern.

Die Nachricht von diesem Tarifabschluß kommt unerwartet. Sie ist um so überraschender, als in anderen Industriezweigen die Lohnabbauaktion ihren Fortgang nimmt und das Unternehmertum im allgemeinen aus der Umwälzung in der Regierung die Hoffnung schöpft, daß es nun mit der Durchführung seiner Pläne, die auf die Entrechtung der Arbeiterschaft und gesteigerten Druck auf deren Lebenshaltung gerichtet sind, leichtes Spiel haben werde. Was die Textilindustriellen veranlaßt hat, dieses Abkommen zu treffen und dazu den gegenwärtigen Augenblick zu wählen, ist noch nicht deutlich erkennbar. Jedenfalls bedeutet es eine Anerkennung der Gewerkschaften, die angesichts der Protektion, welche die Gelben und ähnliche Gebilde an einflussreicher Stelle genießen, besonders vermerkt zu werden verdient.

Eine gewichtige Unternehmerstimme

In einer vielbeachteten Rede, die er in der Generalversammlung der Siemens u. Halske AG. hielt, hat sich Herr C. F. v. Siemens mit den Forderungen des Reichslandbundes und dessen bekannter Entschließung auseinandergesetzt, in welcher von der Ausplünderung der Landwirtschaft durch die „allmächtigen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ die Rede ist. Die Industrie, so führte Herr von Siemens aus, ist sich wohl bewußt, daß ein gesunder kräftiger Heimatmarkt die Grundlage des Gedeihens bilden muß. Aber ebenso sicher ist auch, daß wir nicht auf den Export verzichten können.

Im Hinblick auf Äußerungen des Agrariers von Rohr, der kürzlich zu dem Amte eines politischen Staatssekretärs berufen wurde, warnte Herr von Siemens vor der Überhebung, daß die Welt in größerem Maße auf die deutsche Produktion angewiesen sei. Zum Beweise hatte Herr von Rohr auf die Elektrotechnik hingewiesen. Für diese Industrie, für die er gewiß sachverständig ist, erklärte Herr von Siemens, er müsse leider sagen, daß die Welt auch ohne deutsche Produkte auskommen kann. Die Bedeutung des deutschen Exports für unsere Wirtschaft erhellt aus der Tatsache, daß die Firma Siemens & Halske im vorigen Jahre durch ihren Export mindestens 60 000 Menschen in Lohn und Brot gesetzt hat.

Die Ankündigung der neuen Richtung unserer Handelspolitik, so fuhr Herr von Siemens fort, und die bisher schon getroffenen Maßnahmen haben, wie einwandfrei feststeht, ihre Wirkung schon ausgeübt. Es bleibt dem Unternehmer wohl nichts übrig, als den harten Schlag weiterer Zusammenschumpfung fortzusetzen. Innere Arbeitsbeschaffung kann ihm keinen Ersatz geben. Wohl kann sie dem einen oder anderen helfen, für eine beschränkte Zeit zu geben, aber die finanziellen Möglichkeiten sind begrenzt.

Das sind eindringliche Mahnungen zur Vernunft in unserer Wirtschaftspolitik, deren Bedeutung durch die Person des Sprechers noch gesteigert wird. Der rapide zurückgegangene Ausfuhrüberschuß in der deutschen Handelsstatistik zeigt die Größe der Gefahr. Leider hat es nicht den Anschein, als ob diese Warnungen die gebührende Beachtung an den maßgebenden Stellen finden. Unsere Wirtschaftspolitik wird zur Zeit ausschließlich von dem Willen geleitet, die Preise der Agrarprodukte zu steigern. Zollsteigerungen und Einfuhrbeschränkungen ver-

anlassen die anderen Länder, die bisher unsere Kunden waren, zu Gegenmaßnahmen zum Schaden unseres Exports. Was nutzen die Maßnahmen zur Beschaffung, von denen ohnehin nichts zu spüren ist, wenn durch die gegen den Export gerichteten Maßnahmen neue Arbeitermassen auf die Straße gesetzt werden? Und was nützen die Agrariern hohe Preise für ihre Produkte, wenn die Kaufkraft der Massen immer mehr beschränkt wird?

In der gleichen Rede hat sich Herr v. Siemens auch mit dem Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter beschäftigt. Hierzu führte er u. a. aus: „In Zeiten guter Konjunktur kann man darüber streiten, ob der Unternehmer einen zu großen Anteil am Arbeitsertrag für sich beansprucht oder nicht; heute, wo der Arbeitsertrag für beide nicht ausreicht, sollten die Unternehmer und die Vertretung der Arbeitnehmer gemeinschaftlich nur an der einen Frage zusammenarbeiten: Welche Wege müssen beschritten werden, um einer wachsenden Zahl wieder Verdienst zu geben, wie kann die Summe von Gehältern und Löhnen zu einem Maximum gesteigert werden?“

Nach einer kurzen Erwähnung der Zentralarbeitsgemeinschaft vom Jahre 1918 meinte Herr v. Siemens, daß Unternehmerschaft wie Gewerkschaften Phantomen nachgejagt sind. Die einen hätten die industrielle Belastungsfähigkeit überschätzt, die anderen haben sich nicht genug Rechenschaft gegeben über die Gründe der Konjunktur, sie haben ihre Beständigkeit vorausgesetzt. Beide haben sich geirrt. Unternehmer und Arbeiter sollten daher auch versuchen, durch gemeinsame Anstrengungen die Wirtschaft und sich selbst vor weiterem Schaden zu bewahren.

Der grundsätzliche Kampf der Gewerkschaften geht tatsächlich um eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages. Heute ist allerdings dieses Kampfziel etwas zurückgetreten gegenüber der Abwehr untraglichen Lohndrucks. Die Unternehmer sind vielfach der Meinung, daß sie instand seien, auf Kosten der Arbeitslöhne im Konkurrenzkampf zu bestehen. Die Wirkung dieser Lohnpolitik spüren sie am eigenen Leibe. Je mehr das Lohnniveau sinkt, um so mehr vermindert sich die Produktionsmöglichkeit; weil der Lohndruck die Kaufkraft erschlägt. Jetzt empfiehlt ein prominenter Unternehmer, daß sich Unternehmer und Gewerkschaften zusammensetzen sollen, um dem gemeinsamen Übel gemeinsam zu steuern. Ob diese Mahnung gehört wird?

Holzindustrie

Keine Geschäftsbelebung

Aus den bisher für den Monat Februar liegenden Berichtskarten über die Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern geht hervor, daß die Geschäftslage der deutschen Holzindustrie nach wie vor trübselig ist. Wenn von hier und da auch einige Bessereinstellungen gemeldet werden, so ist die Arbeitslosigkeit im ganzen kaum geringer geworden, denn aus anderen Orten sind über neue Betriebseinschränkungen berichtet. Es sind auch heute noch gut 10 Prozent der Verbandsmitglieder völlig arbeitslos und weitere 10 Prozent arbeiten nur wenige Stunden in der Woche. Das schlimmste aber ist, daß nirgendwo Zeichen einer Geschäftsbelebung zu sehen sind.

Auf den Holzmärkten wird es meistens etwas flotter zugehen als in den letzten Monaten. Das wird eine Wirkung der neuen Holzölle sein. Diese sind bei den heutigen Holzpreisen so hoch, daß eine menschenwürdige Einfuhr vorerst nicht möglich ist. Die Holzverbraucher werden also vornehmlich deutsches Holz kaufen müssen. Es ist zu einer Belebung der Holzmärkte zu rechnen. Ob sie so groß sein wird, wie von den Waldbesitzern und Holzhändlern einschließlich der Sägewerksbesitzer erhofft, ist freilich dahin. Es ist aber möglich, daß die drohende Holzpreiserhöhung (in den Unternehmerkreisen spricht man von zu mindest 20 Prozent!) viele Holzverbraucher abweist, „sich solange mit Holz einzudecken, wie es noch billig ist“. Die Folge davon würde eine über das normale Maß ausgehende Holzmarktbelebung sein.

Für eine gesunde und länger andauernde Belebung der Holzmärkte fehlen die natürlichen Voraussetzungen noch. Davon könnte gesprochen werden, wenn die Bauwirtschaft wieder in Gang käme. Soweit sind die Zeichen leider noch nicht, trotz aller schönen Hoffnungen von berufener und unberufener Seite und trotz der immer noch bestehenden dringenden Wohnungsnot. Ebenso ungewiss ist, wie schon bemerkt, die Aussichten der Holzindustrie. In dem Mitte März abgeschlossenen Vierteljahresbericht (Heft 4/1933) des Instituts für Konjunkturforschung (IfK) heißt es: „Die Bedingungen für eine durchgreifende Konjunkturbelebung in der Holzverarbeitungsindustrie sind zur Zeit nicht gegeben.“ Andererseits rechnet das IfK, auch unter einer konjunkturellen Verschlechterung der Lage. Im einzelnen wird ausgeführt:

Die Umsätze von Möbelindustrie und Möbelsingelhändler waren durch die Preisdeckungen, die während und nach der Kreditkrise im Jahre 1931 stattgefunden haben, im Jahre 1932 beträchtlich eingebrochen. Nur in der Büromöbelindustrie, die von der Belebung im Jahre 1931 am stärksten erfaßt worden war, ist der starke konjunkturelle Absatzrückgang im vergangenen Jahr zum Stillstand gekommen. Diese Industrie scheint, wie die Beschäftigungsentwicklung erkennen läßt, in ganz besonderem Maße konjunkturtauglich zu sein. Wohnmöbeln war das Angebot gegenüber der geschrumpften Nachfrage noch, zumal Industrie und Handel viel im Anschluß an die „Flucht in die Werte“ die Lager wieder ergänzt haben und sich nun bei niedrigem Umsatz auf eine starke Preisherabsetzungen Barfuß zur Aufrechterhaltung des Betriebes entschlossen haben. Der Rückgang der Möbelpreise setzte sich daher während des vergangenen Jahres fort. Im Januar waren sie um 16 Prozent niedriger als im Vorjahr; gegenüber Anfang 1929 (Höhepunkt) sind sie um 43 Prozent gesunken. Die Möbelpreise sind gegenwärtig auf einem derartigen Tiefstand angelangt, daß in vielen Fällen nicht einmal die Herstellungskosten gedeckt sind. Da die Beschäftigung der Möbelindustrie im Jahr 1932 gegenüber dem Vorjahr um 31 Prozent gesunken ist (im vierten Vierteljahr gegenüber dem Vorjahr um 31 Prozent) und der mengenmäßige Umsatz des Handels (etwa 25 Prozent), ist anzunehmen, daß

sich die Vorräte in Industrie und Handel vermindert haben. Die Zahl der Eheschließungen war im zweiten Halbjahr 1932 nur wenig niedriger als im Vorjahr, während der Möbelabsatz bis in den Dezember hinein erheblich geringer war als 1931. Offenbar sind die Möbel für diese Haushaltsgründungen infolge der Befürchtungen um die Sicherheit von Währung und Kreditinstituten zum Teil bereits 1931 im voraus angeschafft worden.

In den letzten Wochen hat sich der Rückgang des Möbelabsatzes konjunkturell verlangsamt. Daraus läßt sich schließen, daß die Bedeutung der Voreindeckungen abnimmt und sich eine gewisse Klärung der Marktlage von der Seite des Verbrauchers anbahnt. Künftig dürfte der laufende Bedarf wieder unmittelbar als Nachfrage beim Handel zum Ausdruck kommen. Dabei ist noch zu beachten, daß die Kaufkraft in letzter Zeit nicht mehr abgenommen hat. Im Zusammenhang mit der Entspannung der Marktlage wird auch der allgemeine Rückgang der Möbelpreise zum Stillstand kommen.

In der Holzwarenindustrie belebte sich die Geschäftstätigkeit im zweiten Halbjahr 1932 bis Oktober stärker als in den Vorjahren. Der saisonmäßige Rückgang seit November war geringer als im Jahre 1931, so daß der Beschäftigungsgrad im Dezember 1932 mit 28,6 Prozent der vorhandenen Arbeiterplätze etwas höher war als im Vorjahr (damals 27,9 Prozent). Der Auslandsabsatz stieß auch im zweiten Halbjahr 1932 auf erhebliche Schwierigkeiten und erreichte wertmäßig nur 55 Prozent des Vorjahresumsatzes.

In der Kisten- und Packfässerindustrie entwickelten sich Produktion und Absatz weiterhin verhältnismäßig günstig. Die Beschäftigung ist zwar seit November der Saison entsprechend gesunken; sie war jedoch im Januar 1933 um 7,5 Prozent höher als im Vorjahr.

Holsatia-Werke AG.

Mit fast einjähriger Verspätung hat die Holsatia-Werke AG. in Altona-Bahrenfeld jetzt ihren Geschäftsbericht für 1931 veröffentlicht. Da sie ihr Geschäftsjahr jetzt zum erstenmal auf das Kalenderjahr abstellt, bezieht sich ihr neuer Bericht auf die Monate April bis Dezember 1931. In dieser Zeit arbeitete sie mit 757 346 Mark Verlust. Nach Verrechnung des im Vorjahr erzielten Gewinnes von 20 403 Mk. verbleibt ein Verlust von 736 943 Mk., der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Dieser Verlust ergibt sich nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen, dafür erscheinen 587 715 Mk. in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Gesellschaft arbeitet mit 3 Millionen Mark Aktienkapital.

Im Geschäftsbericht heißt es unter anderem: „Der Verlauf des Geschäftsjahres 1931 hat außergewöhnliche Verluste gebracht. In den Beginn des Geschäftsjahres fiel in der Möbelbranche ein krasser Modewechsel, der es mit sich brachte, daß unsere Bestände teilweise ungenutzt werden mußten. Hierdurch sind große Mehrkosten entstanden. Darüber hinaus waren wir gezwungen, auf einen Teil dieser Bestände wesentliche Preisnachlässe zu gewähren. Infolge des Umstandes, daß die Abnehmer die modernen Formen stark bevorzugten, war der Verkauf unserer älteren Bestände erschwert, so daß der Absatz sich bis weit in das Jahr 1932, die Zeit des stärksten Preisverfalls, hinauszog. Zwar brachte uns der Hochsommer 1931, als Folge der bekannten Ereignisse, durch die plötzlich eintretende Nachfrage nach Möbeln eine gesteigerte Beschäftigung, die indessen zu keinem günstigen Ergebnis führte, weil sie durch die bekannte Notverordnung vom Dezember 1931 vorzeitig und plötzlich unterbrochen wurde. Trotz der mit Bekap. werden der Notverordnung einsetzenden Absatzstocung mußte die in der Fabrikation befindliche Bestand fertiggestellt werden und brachte durch den Preisschwund in 1932 weitere

Verluste. Das Jahr 1931 wurde ferner ungünstig beeinflusst durch zahlreiche Auftragsannullierungen bei Bekanntwerden des staatlichen Eingriffs in die Preisgestaltung sowie durch außergewöhnliche Zahlungseinstellungen. Inzwischen haben wir den Rahmen der Produktionsstätten unserer Möbelabteilung wesentlich verkleinert.

Das Geschäft in der Sperrplatten-Abteilung war nicht derartig großen Schwankungen unterworfen und hat uns demgemäß auch nicht so erhebliche Verluste gebracht.“

Die Holsatia-Werke AG. besitzt zwei „Organgesellschaften“: 1. die Altonaer Maschinenbau AG. und 2. die Eckersberger Sägewerk GmbH, in Eckersberg (Ostpreußen); von der letzteren Gesellschaft heißt es: „Sie führt für uns Lohnschnittarbeiten aus.“

Der Stammbetrieb der Holsatia-Werke AG. in Altona-Bahrenfeld beschäftigt zur Zeit etwa 200 Holzarbeiter gegen reichlich 1200 vor acht Jahren, oder in der Blütezeit des „Marxismus“.

Hupfeld-Zimmermann AG.

Ihrem allgemein gehaltenen Pressebericht, von dem wir in Nr. 9 Notiz genommen haben, hat die Hupfeld-Zimmermann AG. bald darauf den Geschäftsbericht für 1931/32 (Juli bis Juni) folgen lassen. Danach schloß die Gesellschaft dieses Geschäftsjahr mit 1 389 392 Mk. Verlust ab. Eine Deckungsmöglichkeit dafür ist im Augenblick nicht vorhanden. Das Aktienkapital ist bereits von 4,5 Millionen auf 225 000 Mk. zusammengesunken, inzwischen aber wieder auf 1 Million Mk. erhöht worden. Die Gesellschaft hat zwar zahlreiche überflüssige Grundstücke und Gebäude, die sie gern in Geld umsetzen möchte, sie findet jedoch keine Käufer. Im letzten Geschäftsjahr konnten nur ein kleines Wohnungsgrundstück in Eilenburg und in Böhlitz-Ehrenberg Land für Bahnbau zum Preise von insgesamt 15 000 Mk. verkauft werden. Außer den schon früher gemeldeten Stilllegungen befinden sich, wie es im Geschäftsbericht heißt, „die Firmen Pianos Zimmermann AG. in Buenos Aires, Felix Schüller AG. in Leipzig und Römhild-Verkaufsgesellschaft m. b. H. in Hamburg, deren Aktien bzw. Anteile wir besitzen, sämtlich in Liquidation“.

Über die Geschäftsaussichten heißt es im Jahresbericht: „Auch im laufenden Geschäftsjahr ist leider ein weiterer Umsatzrückgang eingetreten. Es besteht auch wenig Hoffnung, daß ein etwaiger Konjunkturaufstieg für unsere Branche in absehbarer Zeit eine wesentliche Besserung bringt.“

Aus der russischen Musikinstrumentenindustrie

Im Herbst vorigen Jahres wurde an dieser Stelle über die Pläne berichtet, die in Sowjetrußland hinsichtlich des Ausbaues der Musikinstrumentenindustrie bestehen. Inwieweit diese eine reale Grundlage haben, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis, aus Erfahrung aber wissen wir, daß zwischen Wollen und Können auch in Rußland ein ziemlicher Unterschied besteht. Auch die folgende Meldung, die wir „Industrie und Handel“ entnehmen, ist mit Vorsicht zu lesen. Es ist möglich, daß die eine oder andere Produktionszahl stimmt, dafür sind andere aber ganz bestimmt falsch. So die Angabe, daß 1932 etwa 4000 Klaviere hergestellt worden seien; wenn das halb soviel gewesen sind, dann wäre es schon eine Leistung. Ebenso unwahrscheinlich sind die Produktionszahlen von Geigen und Zupfinstrumenten. Der Bericht lautet wörtlich wie folgt:

„Der Bedarf an Musikinstrumenten in der UdSSR, wird durch die inländische Erzeugung auch nicht im entferntesten gedeckt, obwohl die Produktion in den letzten Jahren erheblich gesteigert worden ist. So sind im Jahre 1932 allein von der Klavierfabrik „Krasnij Oktjabr“ in Leningrad 3500 Klaviere

und Flügel geliefert worden. Die Gesamtzahl der 1932 in der UdSSR, hergestellten Klaviere und Flügel dürfte sich auf etwa 4000 Stück belaufen. Ferner wurden auf einer einschlägigen Leningrader Fabrik im letzten Jahre 12 000 Ziehharmonikas hergestellt. Auf der Musikinstrumentenfabrik in Kiew wurde neuerdings die fabrikmäßige Herstellung von Geigen aufgenommen, wovon bereits 3500 Stück gebaut worden sein sollen. Die gleiche Fabrik befaßt sich mit der Herstellung von Klarinetten, Flöten, Hoboen u. a. m. Die Produktion von Zupfinstrumenten ergab 1932 insgesamt 500 000 Gitarren, Mandolinen und Balalajkas, von denen der größte Teil, und zwar 416 000 Stück, auf die Fabrik zu Ehren Lunatscharskis in Leningrad entfällt. An Blasinstrumenten wurden 26 000 Stück geliefert.“

Eine Bemerkung verdient noch die Meldung über „die fabrikmäßige Herstellung von Geigen“. Wenn diese Behauptung stimmt, dann hätte Rußland die erste Geigenfabrik der Welt. An Versuchen, die Geigen fabrikmäßig herzustellen, hat es bisher nicht gefehlt, auch in Deutschland nicht, sie alle haben aber mit einem Mißerfolg geendet. Und da kaum anzunehmen ist, daß die Russen in der Geigenherstellung mehr Erfahrung haben als z. B. die vogtländischen Geigenbauer, halten wir es auch für ausgeschlossen, daß es ihnen gelungen ist, Geigen fabrikmäßig herzustellen, die diesen Namen verdienen.

Homogenholz

Unter diesem Namen ist, wie die „Deutsche Zeitung“ in Prag berichtet, ein neues Material in den Handel gekommen, das alle guten Eigenschaften des Holzes in sich vereinigt, während es seine schlechten, das „Arbeiten“, nicht hat. Das „Homogenholz“ ist ein „holzartiges Produkt in Plattenform von durchaus homogener Struktur“. Homogen heißt hier: Das Material verzieht sich nicht, quillt und trocknet nicht, gleichviel ob es in warmen oder kalten, in trockenen oder feuchten Räumen aufbewahrt wird, es behält seine alte Form. „Grundstoff für das Homogenholz“ ist die möglichst unzerstörte, nur aus ihrem Zusammenhang gelöste Holzfasern, die völlig richtunglos, also homogen, nach besonderem Verfahren derart wieder in sich gebunden ist, daß eine Platte entsteht mit völlig holzähnlichen Eigenschaften. Es handelt sich also weder um einen Karton noch um eine der gebräuchlichen Bau- und Isolierplatten, die ja alle Holz nicht ersetzen können.

Das „Homogenholz“ hat etwas geringeres spezifisches Gewicht als Holz, seine Festigkeit liegt zwischen der von Nadelholz längs und quer zur Faser, es läßt sich von Hand oder Maschinen sägen, hobeln, bohren, fräsen und verschrauben, ohne die Werkzeuge stärker anzugreifen als Holz, und ist mit jeder Leimart zu verleimen. Kommt es in all diesen Eigenschaften dem Holz und Sperrholz gleich, so übertrifft es dasselbe in folgenden Punkten: Es ist nicht hygroskopisch, daher kein Quellen, Schwinden, Verziehen; seine Oberfläche weist keine bestimmte Faserrichtung auf, daher größte Freiheit in der Weiterverarbeitung und geringer Verschleiß; es kennt keinen Unterschied zwischen Hirnholz und Langholz, sondern läßt sich in jeder Richtung gleich gut verleimen; die Platten können prinzipiell in beliebiger Größe hergestellt werden, da unabhängig von den Dimensionen des Naturholzes.“

Der Preis für Homogenholzplatten soll sich bei rationell eingerichteter Produktion etwa 20 Prozent niedriger stellen als für gleich starke Sperrholzplatten. Ob dies stimmt und die ganze Meldung überhaupt mehr als eine der vielen Sensationsnachrichten ist, läßt sich erst sagen, wenn das „Homogenholz“ praktisch erprobt ist. In Karlsruhe ist unter der Leitung eines Diplom-Ingenieurs Max Himmelheber eine Studiengesellschaft bestehen, die sich mit der weiteren Vervollkommnung des „Homogenholzes“ beschäftigt.



Andreas Thom: VORLENZ und Brigitte

Copyright by Paul Zsolnay, Verlag Berlin-Wien.

Der Beamte Vorlenz wurde entlassen. Er kriegte seine Bezüge für ein halbes Jahr vorausgezahlt, verlor aber den Posten. Man nannte das abbanen und verwirrte Vorlenz damit. Eine Entlassung ist immer etwas Anrüchiges gewesen, das wußte er; ein Abbau war ehrenhaft, das ließ er sich nicht nehmen. Er hatte das erhebende Gefühl einer persönlichen Auszeichnung und war stolz darauf, den Herren oben so viel zu gelten, daß sie ihm die Freiheit gaben und noch Geld dazu, eine Unmenge Geld. Vorlenz kam mit einer dicken Brieftasche nach Hause und großmütlich in seiner unbändigen Weise:



„Jetzt hat es ein Ende! ... Jetzt fängt ein anderes Leben an!“

Brigitte wankte, tastete nach einem Halt, erwischte Thomas, der hinter ihr stand, und stützte sich so schwer auf ihn, daß er beinahe umsank, zur Hilfe in die Luft griff, das Tischtuch rißte und es mit einem Glas herunterriß. Es klirrte wohl, brach aber nicht. Vorlenz bückte sich vor allem um die Brieftasche und streichelte sie und blätterte darin. Es machte ihm ein großes, wollüstiges Vergnügen, und er wiegte sich wie einer, der dem Leben ein Schnippen geschlagen hat und sich im trocknen Weiß. Dann legte er bedächtig eine Note hin. Man sah ihm deutlich an, daß er die prickelnde Empfindung eines Gönners dabei hatte und weit entfernt war, sich etwa gar verpflichtet zu fühlen. Es war sein Geld und sollte es bleiben. Brigitte rührte keine Hand danach. Sie wollte nur wissen, was vorgefallen und wie es gekommen ist und ob es wirklich sein Geld war, sein ehrliches, verdientes Geld. Er ließ leichtfertig die Achseln hüpfen und das Herz dazu, konnte ihr ohne zu zwinkern in die Augen schauen und wußte sich nach außen rein wie Schnee, wenn er aus den Wolken fällt. Was später daraus wird, das weiß auch der Himmel vom Schnee nicht.

Vorlenz kümmerte sich kaum darum. Er war mit Abstand entlassen worden und konnte froh sein. Jeder wäre es an seiner Stelle gewesen. Es gab doch Leute, arme Leute herum, die sich gar nicht mehr erinnern konnten, was ein voller Magen und eine warme Stube ist, die sich ewer mit dem anderen zudecken mußten und nur deshalb nicht verhängerten, weil keiner von ihnen satt war. Er aber, Johann Vorlenz, er war mit einer feisten Brieftasche in

Pension geschickt worden, um sich das Leben einmal näher anzusehen. Es verlohnte sich die Mühe, gab eine Menge nachzufragen. Und er hatte Geld, massenhaft Geld. Seine Finger zählten immer wieder die schmutzigen Scheine nach, und seine Augen leuchteten dabei. Kein Bild konnte so schön, keine Aussicht heller und kein Duft lieblicher sein. Es roch nach Reichtum, und das tut jeder Nase wohl. Vorlenz hatte die Brieftasche unentwegt bei sich stecken und griff alle Weile darum. Es geschah nicht aus Angst. Er sagte bloß, mein Kästchen“ zu ihr und schnurrte dazu. In der Nacht lag sie unter seinem Kopfpolster und wurde die Quelle seltsamer Träume. Ein Wald hielt sich am längsten. Baum stand neben Baum, jeder hing voller Früchte, und jede Frucht war ein goldener Gulden. Man brauchte nur zu rütteln und war ein gemachter Mann, ein abgehauter Vorlenz oder so. Er verriet es natürlich keinem. Die Sache bleibt demnach unser Geheimnis. Man kann doch nicht wissen, auch er selber konnte nicht wissen, was heute oder morgen wird. Und dann ist ein solches Bäumchen eben so viele Gulden wert, als auf ihm hängen. Vorlenz hatte immer gut geschlafen, aber so unverzüglich gut wie in der Wiege dieses Traumes hatte er noch keinen Schlaf getan.

Brigitte lebte wie ein gehetztes Wild, das überall den Jäger schleichen sieht und nirgends Ruhe vor sich selber findet. Sie wartete von Stunde zu Stunde auf das wirkliche, das wahrhaftige Ereignis. Die Entlassung des Mannes konnte nur Vorbote sein. Das Schreckliche kam erst, war schön auf dem Weg und meldete sich deutlich an. Die Uhr blieb stehen. Vorlenz hatte sie gestern wie gewöhnlich aufgezogen. Die Gewichte baumelten noch hoch in der Luft, und doch sind die Zeiger stehengeblieben. Vielleicht waren die Räder verstaubt? Ist ein Zahn gebrochen? Aber man tupfte bloß an den Kasten, und die Uhr ging wieder und schlug. Dann geschah auch noch dies: Das ewige Licht rauchte und stank. Brigitte putzte tagtäglich selber den Docht, reinigte das Glas, goß frisches Öl nach und

ist heute kaum nachlässiger gewesen als sonst. Dennoch rauchte und stank, das Licht. Ein böses Zeichen und eine schlimme Botschaft. Nur die Kinder wunderten sich nicht. Sie hatten Laternenanzünder gespielt, Wollfäden an den Schürhaken gebunden und damit gezündelt. Wenn also ein Zeichen geschienen ist, dann war es ein gutes, denn wie leicht hätte daraus Feuer werden und alles mit sich verbrennen können. So ahnungslos steht der Mensch in dieser Welt, und so klein ist, was er Großes um sich meint.

Einen Monat nachher wurden auch die Diebe abgefaßt und verhaftet. Die Angelegenheit war überreif und platzte ganz von selber. Der zweite Chauffeur kam aus den Seligkeiten eines Rausches zur letzten Fuhre angefahren. Er hielt das Lenkrad wie ein Wagemesser in den Händen und torkelte mit dem Wagen herum, als wäre nicht er, sondern die Straße besoffen. Auch das Tor lief auf und ab. Er konnte es nicht finden, suchte rechts und links und stieß dann tüchtig darauf los. Es krachte, splitterte und klirrte. Er hatte nur das halbe Tor gefunden. Der Wagen häuete sich, und der Chauffeur flog aus dem Sitz, überschlug sich in der Luft und plantschte mit dem Hosenboden in eine Pfütze. Er fand das herrlich und lachte. Der Direktor hatte weniger Humor. Er kochte vor Erbitterung. Das Tor war schwer beschädigt. Der Wagen mußte in die Reparatur. Und überhaupt... Er schimpfte, brüllte, tobte. Der Chauffeur besänftigte ihn brüderlich. Er schwur, den Schaden gutzumachen. Der Direktor meinte sich gefrotzelt und benahm sich gar nicht mehr wie ein Direktor. Er war wütend und wurde gemein. Er hatte keinen Grund, tatsächlich keinen. Der Chauffeur wollte es wirklich, wollte das Tor ausbessern und den Wagen reparieren lassen. Er hatte doch Geld genug. Er verdiente täglich an der letzten Fuhre mehr als sonst ein Arbeiter die Woche lang. Das konnte der Direktor freilich nicht wissen. Er hörte es aber gern. Es freute ihn geradezu. Er wurde freundlich: hieß den braven Mann sich setzen,

böt ihm eine seiner besseren Zigarren an und hätte diesen lächerlichen Unfall scheinbar schon vergessen. Er ließ sogar eine Flasche Weinbrand bringen und spielte den Wirt, daß dem Chauffeur mit dem Herzen auch der Mund aufging. Er konnte doch nicht neidiger sein, als man mit ihm war, und präzentierte die ganze verwahrloste Geschichte wie einen famosen Witz, schenkte sich kein Detail, sprudelte alle Namen heraus und vergaß auch sich selber nicht. Es war ein gemütliches Beisammensein. Der Direktor lud dann sogar die Freunde dazu ein, hatte aber heimlich schon die Polizei verständigt, und das war nicht schön von ihm, das ließ den Spaß verderben. Der Chauffeur legte beim Anblick der Uniformen seinen Rausch wie einen Hut ab und wollte sich mit Respekt entfernen. Man hielt ihn nur schwer zurück. Auch die Freunde waren nicht erbaut. Sie wurden freilich kaum danach gefragt.

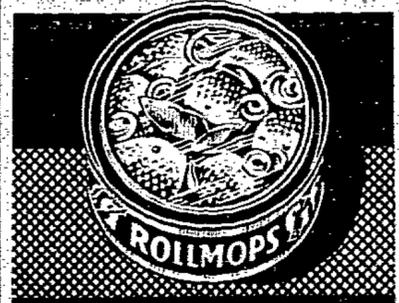
Vorlenz erfuhr am selben Tag noch, was geschehen war, und lachte sich verwegend in die Faust. Seine Beschränktheit dachte mit keinem Gedanken daran, daß er auch mit hineinverwickelt werden könnte. „Bin beizeiten abgedampft“, frohlockte er und gehärdete sich ganz, als ob er selbst gekündigt hätte und das Geld nur ein anderer Orden für seine besonderen Verdienste gewesen wäre. Vorlenz war in jeder Lage zu beneiden. Er ging nicht unter und flog nicht auf. Er war ein Kater. Wie immer man ihn warf, er fiel auf die Füße. Und wenn es nicht anders ging, dann lief er auf allen Vieren davon. Er hatte einfach kein Talent, sich Sorgen zu machen. Auch das muß einer können. Es wird bei manchem eine große Kunst und verdirt vielen das schöne Leben so gründlich, daß sie schließlich den Tod für eine wohlthätige Einrichtung halten. Vorlenz blieb dazu herzlich unbegabt. Er war stets vergnügt und lachte sich selber aus, wenn sonst kein Grund vorhanden war.

(Fortsetzung folgt)

Verantwortlicher Schriftleiter: M. K a v s e r Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, O. m. b. H., Berlin SO. 16: Am Köllnischen Park 2.

Gegen chronischen Bronchial- und Lungenkatarrh und Husten

nahm ich mit Erfolg Silphoscalin-Tabletten. — Starke Absonderung des sonst so zähen Schleimes, gewaltige Appetitsteigerung, Durchschlafen in der Nacht, Husten und Atmung bedeutend leichter. Mein Arzt rät, Silphoscalin weiter zu nehmen.“ H. W. in Nbg. Durch das ärztlich empfohlene Silphoscalin kann die Hoffnung vieler Lungenkranker, Asthmatiker, Bronchitiker erfüllt werden. Glas mit 80 Tabl. 2,70 Mk. in allen Apotheken, bestimmt: Rosenapothek (137), München. Interessante Broschüre gratis.



GEG MARINADEN
billig, delikat, genußreich
aus Euerm
KONSUMVEREIN!
Haltet auch hierin Eurer Sache die Treue!

Billige Bettfedern

nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue geschlossene 2,50 Mark. Halbweiße 3 Mk., weiße 4 Mk., bessere 5 Mk., u. 6 Mk., daunenweiße 7 Mk., u. 8 Mk., beste Sorte 10 Mk., u. 12 Mk., weiße ungeschlossene, Rappfedern 6,50 Mk. und 7,50 Mk., beste Sorte 1,50 Mk. Versand franko Zollfrei, geg. Nachn. Mesler frei. Umtausch u. Rückn. gestatt. **Benedikt Sachtel, Lobos Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen).**

Man tertigt sich alles selbst durch die schöne Laubsägerei. Kat. gratis. **J. BRENDL** Limburgerhof 93, Pfalz

Original-süddeutsche **Hobelbänke** 52 Mark
ermitt. Klamm, Stahlspindel
Werkzeug-Neuheiten!
Preisliste gratis und franko. **OITO BERGMANN** Berlin-Lichterfelde-West

Gummiwaren
Hygien. Artikel. Preisliste gratis
„Medicus“
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 8

Leim- und Furnier-öfen
von 44 Mk. an franko. Preisliste kostenlos. **Gebr. Bellinger, Freiburg i. Breisg. 1**

Hobelbänke 25 bis 40 Mark
gebraucht und gut erhalten. Schraubfräsen, Knechte, wendelartige neu und gebraucht, billig und gut. **Heinr. Genuß, Berlin O 17** Warschauer Straße 38-42

Nervenleiden
nervöse Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen und Migräne werden wirksam beseitigt durch den tausendfach bewährten und weltbekanntesten **Herbaria-Krankelexir Nr. 89**, welcher das ganze Nervensystem kräftigt und beruhigt, gefundene Schlaf bringt und die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit erhöht. **Siehe Patent** R. P. 14. — in 10 Flaschen R. M. 2.—, ab 20 Flaschen franko Nachnahme durch das **Herbaria-Krankelexir, G. m. b. H., Philippsburg R. 319 (Baden)**. Wird, nachdem auch unsere Redakteure, Kalligraphen, Typsetzer, Drucker, Elektriker, Buchbinder usw. durch Herbaria-Krankelexir Nr. 89, völlig geheilt. **Wiederholungsbestellung** über die Belämpfung hat allen Krankenwerken (Kolonien).

Wer das übersieht

- 1. **Weißes Hemdentuch**, 80 cm breit, ohne Appretur hergestellt, vorzüglich, dicht gefüllte, reine Sorte, das Vollkommene für besonders feine Wäsche. Preis jeht per Meter nur **-.22**
- 2. **Weißes Hemdentuch**, 80 cm br., ohne Appretur hergestellt, ganz vorzüglich, besonders dicht gefüllte, reine Sorte, das Vollkommene für bessere, überaus haltbare Wäsche. Preis jeht per Meter nur **-.25**
- 3. **Weißes Matotuch**, 80 cm br., ohne Appretur hergestellt, ganz vorzüglich, sehr dicht gefüllte, leinwandige Sorte, garantiert echt ägyptisch, daher edle, gleichmäßig geponnene, reine Qualität für feine Wäsche. Preis jeht per Meter nur **-.29**
- 4. **Hemdenflanel**, 80 cm breit, ohne Appretur hergestellt, dicht gefüllte, vorzügliche, sehr gute, mit garantierter echtfarbiger Streifenmuster. Preis jeht per Meter nur **-.26**
- 5. **Hemdengefir**, 80 cm breit, vorzüglich, reine Sorte dieser Art, mittelfeinfädig, dicht gefüllte, mit etwas gebildeten, garantiert echtfarbigen Streifenmuster. Preis jeht per Meter nur **-.27**
- 6. **Angebleichtes Baumwolltuch**, 78 cm breit, ohne Appretur hergestellt, gute, besonders reichste, ziemlich dicke Sorte, für sehr haltbare Wäsche. Preis jeht per Meter nur **-.18**
- 7. **Angebleichtes Baumwolltuch**, 140 cm breit, ohne Appretur hergestellt, gute, besonders reichste, ziemlich dicke Sorte, für sehr haltbare Wäsche. Preis jeht per Meter nur **-.36**
- 8. **Stuhltuch**, auch Saustuch genannt, 120 cm breit, mehrere beste Qualität dieser Art, nach, besonders dicht gefüllte, starke, fast unzerstörliche Qualität, ohne Appretur hergestellt, weshalb diese Qualität in der Wäsche haltbar bleibt, nach längerer, häufiger, strapazierter, besonders beliebter, tüchtiger Tuch, welches für sehr haltbare Stuhltücher und für andere saubere Zwecke besonders geeignet ist. Der richtige Stuhltuch-Charakter, wie er im allgärtlichen gewöhnlich wird, kommt bei diesem Tuch besonders zum Ausdruck. Preis jeht per Meter nur **-.75**

4400 Arbeiter und Angestellte in eigenen Fabriken und der Versand-Abteilung

Josef Witt, Weiden 392 (Opl.)
T 2111

Werkzeug-Liste gratis

Rambhänke, 57 mm	5,31
Doppelhobel, 45 mm	2,88
Fachhobel, 48 mm	2,88
Schlichthobel, 45 mm	2,43
Schraubhobel, 23 mm	2,85

Alle Werkzeuge mit Jalousiebohrer

„Allespanner“, die neue Erfindung, die alle Holzschrauben, Nägel, Schrauben, Bolzen, etc. spannt, ohne sie zu beschädigen. Preis jeht per Stück 2,90, 10 Stück 24,75

Schraubbohrer, 10 Stk. in 1, 1,50 Mk.

WESTFALIA Werkzeugmaschinen AGES i. W. 104

Kollege! Abonniere noch heute das Fachblatt für Holzarbeiter!